

Bericht der Landrätin auf der Kreistagssitzung am 10.03.2021

Werter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
liebe Gäste!

Ein weiteres Mal führen wir unsere Kreistagssitzung mit besonderen Sicherheitsvorkehrungen hier in der Uckerseehalle durch. Das verlangt uns allen viel ab.

Dennoch bin ich froh, dass der Kreistagsvorsitzende nach gründlicher Abwägung gemeinsam mit der Amtsärztin entschieden hat, eine Präsenzsitzung durchzuführen.

Angesichts der aktuellen Situation ist das durchaus vertretbar.

Mit Stand heute 10 Uhr hat der Landkreis eine 7-Tage-Inzidenz von 36,99. Damit bewegen wir uns seit einigen Wochen relativ deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Ein Erfolg, der zuallererst den Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken ist, die sich mit großer Mehrheit an die Vorschriften und Vorgaben halten. Auch wenn es sich um teilweise drastische und für viele Menschen schmerzhaft Einschnitte handelt.

Ich bin sehr erleichtert, dass wir inzwischen erste Schritte in Richtung Öffnung und Rückkehr zur Normalität gegangen sind.

In der Diskussion mit dem Ministerpräsidenten, dem Kabinett, den Landrätinnen und Landräten, Oberbürgermeistern, Vertretern des Landkreistages und des Städte- und Gemeindebundes haben wir uns darauf verständigt, landeseinheitliche Öffnungsschritte, bezogen auf die 7-Tage-Inzidenzwerte der Landes Brandenburg, zu gehen, was ich in der jetzigen Situation begrüße.

Unser Landkreis leistet einen wichtigen Beitrag dazu, diese Schritte mit flankierenden Maßnahmen abzusichern, indem wir unsererseits heute die ersten Testzentren öffnen.

Mit unseren Partnern – der Johanniter Unfallhilfe, dem DRK-Kreisverband Uckermark Ost und der Grünen Apotheke Prenzlau ermöglichen wir ab sofort allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landkreises, kostenlose Schnelltests von medizinisch geschultem Personal in allen vier großen Städten durchführen zu lassen. Jede positiv getestete Person erhält vor Ort einen PCR-Test und hat sich aufgrund unserer Allgemeinverfügung auch sofort in häusliche Isolation zu begeben.

Betonen möchte ich an dieser Stelle, dass wir nicht verpflichtet sind, diese Zentren an den Start zu bringen, sondern wir tun das, um schnell und unbürokratisch im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger etwas zu bewegen. Nicht warten, sondern handeln!

Das derzeit wohl am intensivsten diskutierte Thema ist das Thema Impfen.

Der Landkreis hat ein Impfzentrum, das ist nicht selbstverständlich, wenn man sich die Standorte der Impfzentren in Brandenburg auf der Karte ansieht.

Ab heute wird die Kapazität noch einmal deutlich erhöht, das heißt von 8 bis 20 Uhr werden Impftermine vergeben und auch am Samstag wird geimpft.

Wir als Landkreis haben die Koordination der mobilen Impfteams, die in die Wohngruppen, teilstationären Einrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe übernommen, um schneller mit dem Impfen voranzukommen.

Nur so können in unserem Flächenlandkreis Impftermine koordiniert vergeben werden und damit Fahrzeiten von Einrichtung zu Einrichtung minimiert und Impfzeiten gut abgestimmt angeboten werden. Auch das ist eine freiwillige Leistung, die in Brandenburg nur der Barnim und die Uckermark derzeit leisten.

Unser Ziel ist es, auch weitere Impfangebote in der Fläche zu erbringen. Ich kann Ihnen heute mitteilen, dass es kurzfristig auch an den Krankenhäusern möglich sein wird, zu impfen. Die ersten Absprachen dazu habe ich gestern und heute bereits mit den Geschäftsführern der Kliniken und den Bürgermeistern geführt.

Mein Ziel ist es, in Schwedt, Angermünde und Templin diese Möglichkeiten für Berechtigte zu schaffen. Ich bin sehr optimistisch, dass uns das gelingen wird. Auch in diesen Fällen wird der Landkreis in die Koordinationspflicht treten müssen, aber wir machen das gern.

Sie können meinen Worten entnehmen, dass wir intensiv an Lösungen arbeiten, still aber effektiv und ich glaube, darauf kommt es an!

Sehr geehrte Damen und Herren,

nicht nur das Corona-Virus bindet derzeit enorme personelle und materielle und finanzielle Kapazitäten. Auch Geflügelgrippe und die Afrikanische Schweinepest bedrohen insbesondere die tierhaltenden Betriebe in der Uckermark.

Aufgrund des amtlich bestätigten Nachweises des Geflügelpesterregers H5N8 mussten auf Anordnung des Amtstierarztes insgesamt 33.000 Puten und 18.000 Mastenten getötet werden.

Darüber hinaus haben wir 5 bestätigte Fälle bei Wildgeflügel: eine Saatgans in Gartz, eine Blässgans in Schwedt, zwei Schwäne am Unteruckersee und ein Schwan in Nordwestuckermark, Fiebigershof. Weitere Ergebnisse von aufgefundenen Tieren erwarten wir noch.

Die Afrikanische Schweinepest wurde zum Glück bisher noch nicht in der Uckermark nachgewiesen. Der Zaun, der präventiv zum Schutz gegen diese Tierseuche entlang der Oder errichtet wurde, zeigt hoffentlich Wirkung. Mit Ausnahme des gefluteten Abschnittes, der zurzeit noch durch einen Elektrozaun gesichert ist, sind die Arbeiten mittlerweile erfolgreich abgeschlossen. Die offizielle Abnahme des Zauns erfolgt in den kommenden Tagen.

Werte Abgeordnete, liebe Gäste!

Obwohl die eben genannten Themen - und dabei insbesondere die Eindämmung und Bekämpfung der Corona-Pandemie - dominieren, so geht doch die Arbeit in den Fachämtern der Verwaltung unvermindert weiter.

Aus Zeitgründen möchte ich mich in meinem heutigen Bericht auf zwei Themenkomplexe konzentrieren, die ja bekanntlich immer wieder von besonderem Interesse sind: Straßenbau und Breitbandausbau.

In diesem Jahr werden wir wieder fünf Straßenbauprojekte in Angriff nehmen:

In der kommenden Woche beginnen die Ausbaumaßnahmen der Ortsdurchfahrten Friedenfelde und Hardenbeck. Dafür stehen 647.000 bzw. 546.000 Euro zur Verfügung.

Im April/Mai ist geplant, Instandsetzungsarbeiten an der K7320 vom Abzweig Zollchow bis nach Röpersdorf mit einem Kostenrahmen von 600.000 Euro durchzuführen.

Ebenfalls im Mai sollen die Instandsetzungsarbeiten an der K 7337 im Bereich der Ortsverbindung Schapow zur L 25 beginnen. Die Gesamtkosten für diese Maßnahme betragen ca. 485.000 Euro.

Und als fünftes Projekt haben wir vorbehaltlich Ihrer heutigen Zustimmung und der termingerechten Bereitstellung der Landesfördermittel vor, ab Juli mit dem Ausbau der Ortsdurchfahrt Schönow zu beginnen. Diese Gemeinschaftsmaßnahme mit der Gemeinde hat einen Kostenrahmen von ca. 1,7 Mio Euro.

Auch im Breitbandausbau in der Uckermark tut sich viel. Der Baufortschritt ist mittlerweile an verschiedenen Orten festzustellen. Die intensiven Bemühungen aller Beteiligten, eine möglichst hohe Anschlussquote zu erzielen, sind erfolgreich. Derzeit haben sich 66 Prozent aller anschlussberechtigten Haushalte dafür entschieden.

Im 1. von 6 Vertriebsgebieten haben wir aktuell eine Anschlussquote von 81,5% erreicht. In den fünf anderen liegt die Anschlussquote zwischen 73,6 und 54,1 Prozent.

Die Erfahrung zeigt, dass die Bereitschaft der Grundstückseigentümer parallel zu den Bau- und Vertriebsaktivitäten steigt. Insofern bin ich optimistisch, dass die von uns gewünschte und anvisierte Anschlussquote von mindesten 90 Prozent erreicht werden kann.

In jedem Fall – und das ist erfreulich - befinden wir uns im Zeitplan. Der erste Mittelabruf vom Bund war ebenfalls erfolgreich. Insofern steht einer gelungenen Weiterführung und einem planmäßigen Fortgang dieses größten Infrastrukturprojektes in der Geschichte unseres Landkreises nichts im Wege.

Inzwischen liegen uns auch die Angebote für die förderfähigen Nachmeldeadressen in Verbindung mit dem förderfähigen Vortrieb mit Reservekapazitäten vor.

Die neue Gesamtwirtschaftlichkeitslücke beläuft sich danach auf knapp 177 Millionen Euro (176.725.096,71 €). Daraus resultiert eine Erhöhung der Bundesmittel um gut 28

Millionen Euro (28.228.567,03 €) für den geförderten Breitbandausbau in der Uckermark.

Durch die zugesicherte Co-Finanzierung des Landes in Höhe von 17,4 Mio€ (17.375.387,06€), auch hier, im Nachtrag mit der gleichen erhöhten Förderung wie bereits im laufenden Ausbau, beläuft sich der daraus resultierende zusätzliche Eigenanteil mit 3,07%, anstatt der üblichen 10% auf ca. 1,4 Millionen Euro (1.443.657,63 €).

Diese Mittel sind im Rahmen der mittelfristigen Haushaltsplanung für den Breitbandausbau bereits eingeplant, so dass auch im Nachtrag keine Beteiligungen auf die kreisangehörigen Kommunen zukommt.

Im Nachtrag sind der geförderte Vortrieb, Reserverohrkapazitäten und die zusätzlichen Trassenlängen, Grabenverbreiterungen und damit zusammenhängende erhöhte, weitere Aufwände auf den betroffenen Strecken des Projektgebietes entsprechend berücksichtigt.

Insbesondere bedeutet dies, dass im aktuell laufenden Breitbandausbau in den Linienführungen zu den Ausbaugebieten ausreichend Leerrohr mit verlegt wird, so dass die öffentliche Infrastruktur, wie Straßen und Gehwege, möglichst nur einmal für den Tiefbau in Anspruch genommen werden muss.

Unser gemeinsames Ziel ist es, im Rahmen des Breitbandausbaus die durch Tiefbaumaßnahmen auftretenden Einschränkungen und Reduzierungen der Nutzungsdauer der öffentlichen Infrastruktur so gering wie möglich zu halten. Vor diesem Hintergrund ist die Realisierung der Nachmeldungen in einem separaten Projekt nicht angeraten.

Durch die vorausschauende Verlegung von ausreichenden Kapazitäten sollen Straßen und Gehwege nicht wiederholt für den Breitbandausbau im Zuge des Folgeförderprogramms „Graue Flecken“ erneut geöffnet werden müssen. Dies lässt sich gegenüber den Bürgern auch nicht mehr erklären, zumal der Ausbau aktuell in der Uckermark durchgeführt wird und ohnehin in fast allen Orten der Uckermark Bauarbeiten im öffentlichen Raum stattfinden.

Durch die Nutzung der Synergien beim Tiefbau erwarten wir im Rahmen des Folgeförderprogramms, dass hier die Kosten für die Erschließung der jetzt verbleibenden förderfähigen Haushalte entsprechend sinken werden. Die erforderlichen Überlandtrassen stehen dann in der Uckermark zu ca. 90 Prozent zur Verfügung. Durch Vortrieb und Reservekapazitäten kann der Anschluss der verbleibenden Haushalte unmittelbar im Anschluss des aktuellen Förderprogramms für den Bürger erlebbar fortgesetzt werden.

Im Ergebnis ist für den Landkreis Uckermark festzustellen, dass durch die aktuelle Erhöhung der Fördersumme, die zukünftigen Ausgaben für den weiteren Trassenbau, in Verbindung mit der Schonung der öffentlichen Infrastruktur deutlich geringer sein werden.

Die Corona-Pandemie hat den enormen Bedarf nach schneller, digitaler Infrastruktur mehr als deutlich gezeigt. Daher ist die Nutzung der gegebenen Synergien eine

Investition in die Zukunft und ich glaube wir beweisen gleichzeitig Weitsicht und den verantwortungsbewussten Umgang mit Steuergeldern im Rahmen der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum.

Sehr geehrte Damen und Herren,

angesichts der umfangreichen Tagesordnung, die vor uns liegt, beende ich an dieser Stelle meine Ausführungen.

Ich wünsche unserer Sitzung einen erfolgreichen Verlauf und Ihnen alle beste Gesundheit.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.